

Motion Fraktion SP/JUSO (Michael Sutter, SP/Alina Irene Murano, SP): Verhältnismässiges Handeln der Polizei in der Stadt Bern endlich sicherstellen und Racial Profiling bekämpfen

Bei einer Anhaltung am 11. Juni ereigneten sich in der Stadt Bern verstörende Szenen. Berichte von Augenzeug*innen und Bilder schilderten, wie einer Person of Color bei der Verhaftung zuerst in den Bauch getreten wurde, ihm ein Polizist danach das Knie auf den Hals drückte und der verletzte und sichtlich benommene Mann schliesslich in einen Kastenwagen gestossen wurde, wo er mit dem Kopf aufschlug und reglos liegen blieb.¹ Der Vorfall weckte Erinnerungen an den Fall von George Floyd in den USA.

Nicht weniger verstörend als der Vorfall selbst war die anschliessende Stellungnahme von Police Bern, die das Verhalten der Beamt*innen umgehend mit absurd anmutenden Behauptungen rechtfertigte. Trotz der anfänglichen Versuche, den Vorfall herunterzuspielen, hat Police Bern den Fall aufgrund des öffentlichen Drucks inzwischen an die Staatsanwaltschaft überwiesen.

Auch das Ausbleiben jeglicher Stellungnahme durch die städtischen Behörden befremdet. Weder der Gemeinderat noch der zuständige städtische Sicherheitsdirektor äusserten sich bisher zum Vorfall, obwohl die politische Verantwortung für die Polizeiarbeit bei der Stadt liegt und von dieser auch wahrgenommen werden muss.

In letzter Zeit häufen sich die Berichte über fragwürdige Methoden und übertriebene Gewaltanwendung bei Anhaltungen und Verhaftungen in der Stadt Bern.² Der kantonale Sicherheitsdirektor bestätigte und verteidigte zudem sogar die Anwendung von Racial Profiling.

Für die SP/JUSO-Fraktion ist klar, dass das polizeiliche Handeln in jeder Situation nach den Grundsätzen der Rechtsstaatlichkeit und Verhältnismässigkeit zu erfolgen hat und dabei die Grundrechte wie die Menschenwürde sowie das Prinzip der Rechtsgleichheit nicht verletzt werden dürfen. Der Gemeinderat muss sicherstellen, dass diese fundamentalen Ansprüche an staatliches Handeln im Rahmen der Leistungserbringung durch Police Bern gewährleistet sind. Dafür sind die Möglichkeiten der Einflussnahme gemäss Ressourcenvertrag von der Stadt vollumfänglich auszuschöpfen.

Die SP/JUSO-Fraktion fordert den Gemeinderat daher auf:

1. Zur Anhaltung vom 11. Juni öffentlich Stellung zu nehmen und sich von der Art und Weise, wie diese durchgeführt wurde, klar zu distanzieren.
2. Gegenüber dem Berner Regierungsrat, der kantonalen Sicherheitsdirektion und Police Bern klarzustellen, dass die Leistungserbringung in der Stadt Bern strikt nach den Grundsätzen der Rechtsstaatlichkeit und Verhältnismässigkeit zu erfolgen haben und die Anwendung von Racial Profiling auszuschliessen ist.
3. Alle Möglichkeiten der Einflussnahme gemäss Ressourcenvertrag auszuschöpfen, um dies sicherzustellen (insbesondere Festlegung, Umfang und Qualität der Leistungserbringung, Schwerpunktsetzung und Controlling).

Begründung der Dringlichkeit

Die eingehenden Schilderungen von übertriebener Gewaltanwendung und Racial Profiling durch Police Bern in den Medien machen ein rasches Eingreifen des Gemeinderats zwingend.

¹ <https://www.derbund.ch/verstoerende-aktion-der-berner-polizei-239413046379>

² <https://www.republik.ch/2021/06/04/wer-sich-ueber-die-polizei-beschwert-ist-selber-schuld>

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.

Bern, 24. Juni 2021

Erstunterzeichnende: Michael Sutter, Alina Irene Murano

Mitunterzeichnende: Halua Pinto de Magalhães, Timur Akçasayar, Katharina Altas, Bernadette Häfliger, Edith Siegenthaler, Barbara Nyffeler, Fuat Köçer, Sara Schmid, Bettina Stüssi, Valentina Achermann, Ayse Turgul, Nicole Bieri, Laura Binz